

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

287

Wien, am Samstag, den 3. November 1923.

-----  
Die Elektrifizierung der Stadtbahn. Die einige Tage unterbrochen gewesenen Verhandlungen der Gemeinde mit der Regierung über die Elektrifizierung der Stadtbahn werden am Montag nachmittags fortgesetzt. Heute wurden nun der Magistrat verständigt, unter welchen Bedingungen und Modalitäten die Regierung dem Anbote der Gemeinde Wien wegen der Uebernahme und Elektrifizierung eines Teiles der Stadtbahnlinien zustimmen gewillt ist. Die Regierung bezeichnet dieses Schriftstück als „unverbindlichen Referentenentwurf“, was immerhin die Möglichkeit offen lässt, dass noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Die Bedingungen der Regierung an sich sind nämlich für die Gemeinde völlig unannehmbar. Sie besagen nicht mehr und nicht weniger, als dass der Bund diesen Anlass benützen will, um sich sofort in das vollständig uneingeschränkte Eigentum der gesamten Stadtbahnanlage zu setzen. Es soll dies in der Weise geschehen, dass der Bund die noch nicht getilgten Verkehrsanlehen zur Selbstzahlung übernimmt und die beiden anderen Kurien, nämlich Wien und Niederösterreich, durch Gesetze festlegen, dass sich mit dieser Uebernahme jene Folgen ergeben, die sonst erst bei Ablauf des Anlehens, also am 2. Jänner 1922, eintreten würden. Das ist nämlich der Uebergang der Stadtbahn samt Zugehör an den Bund. Demgegenüber spielt es keine Rolle, sondern ist nur charakteristisch, dass die Zahlungspflicht der Länder Wien und Niederösterreich für die Verzinsung und Tilgung der Anleihen ganz unverändert fortlaufen soll. Da das Pachtverhältnis, dass die Gemeinde wegen der zu elektrifizierenden Teile der Stadtbahn eingehen will, seitens der Bundesbahnen jederzeit einjährig kündbar ist, ergibt sich, dass der Bund es in der Hand hat, sich in jeder ihm beliebigen Frist in den völlig uneingeschränkten Besitz der ganzen Stadtbahnanlage zu setzen. Es ist vollständig ausgeschlossen, dass die Gemeinde auf das ihr zustehende Besitzrecht an diesen mitten durch das Wiener Verkehrsnetz gehenden Linien verzichtet.

-----  
Keine Gemeinderatssitzung. In der kommenden Woche hält der Gemeinderat keine Sitzung. Die Sitzung des Stadtsenates findet am Donnerstag, den 8. d. statt.

-----  
Entfallende Sprechstunden. Am Montag, den 5. d. entfallen die Sprechstunden bei Bürgermeister Reumann und dem städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner.

-----  
Die Reststimmmandate. Die Verbandswahlbehörde hat in ihrer Sitzung vom 3. d. das zweite Ermittlungsverfahren für den Wiener Wahlkreisverband durchgeführt und auf Grund der rechtzeitig überreichten Verbandswahlvorschläge und unter Berücksichtigung des Verzichtes der an dritter Stelle des Wahlvorschlages der sozialdemokratischen Partei angeführten Frau Adelheid Popp als gewählt erklärt: 1. Ferdinand Skaret, Otto Glückel, Otto Bauer, Dr. Ignaz Seipel, Hermann Kandl, Dr. Felix Frank. Es steht jedoch aus, ob die als gewählt erklärten Kandidaten etwa mit Rücksicht auf ihre Doppelwahl die auf sie gefallen Mandate annehmen.